

Beschlussauszug
aus der
Öffentliche/Nichtöffentliche Sitzung des Stadtrates
vom 15.02.2022

Top 9 Stolpersteine

Beschluss:

Dem vorgelegten Resolutionsentwurf wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

| Ja-Stimmen | Nein-Stimmen | Enthaltungen |
|------------|--------------|--------------|
| 34 | 0 | 4 |



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
SANKT INGBERT



SPD Stadtratsfraktion St. Ingbert, Am Markt 12, 66386 St. Ingbert

Mittelstadt St. Ingbert
Herr Oberbürgermeister
Prof. Dr. Ulli Meyer
Am Markt 12
66386 St. Ingbert

Luca Wagner
Fraktionsgeschäftsführer

Fon: 0160 1823636
E-Mail: luca.wagner3@gmail.com

St. Ingbert, 21.01.2022

ANTRAG DER FRAKTIONEN VON SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN SOWIE FAMILIEN-PARTEI ZUR SITZUNG DES STADTRATES AM 15.02.2022

**Hier: Dem Vergleich von Maßnahmen im Rahmen der Corona-Pandemie mit der
nationalsozialistischen Judenverfolgung entschieden entgegneten**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Prof. Dr. Meyer, hiermit stellen die genannten Fraktionen folgende Resolution in der Sitzung des Stadtrats am 15.02.2022 zur Abstimmung:

"Dem Vergleich von Maßnahmen im Rahmen der Corona-Pandemie mit der nationalsozialistischen Judenverfolgung entschieden entgegneten

Im Adventszeitraum kam es zu gezielten Aktionen aus dem Umfeld der Querdenker-Szene in St. Ingbert. Es wurden auf verschiedene Stolpersteine wiederholt Kerzen mit Texten abgestellt. Diese Texte begannen mit dem Satz: "Es begann immer mit Ausgrenzung!". Des Weiteren wurde zu einem "Advent für Versöhnung" aufgerufen, der von einer "Spaltung" spricht, die zwischen ungeimpften und geimpften Personen bestehen würde.

Stolpersteine sind Mahnmale für die Verfolgten des nationalsozialistischen Regimes. Diese Erinnerungsorte werden vor die letzten in Deutschland bekannten Wohnorte jener Menschen aufgestellt, die von den Nationalsozialisten verschleppt und ermordet wurden oder aufgrund des Nazi-Regimes ihre Heimat verlassen mussten. In St. Ingbert betrifft dies vor allem Menschen jüdischen Glaubens.



Das gezielte und bewusste Aufstellen von Kerzen und der Texte vor Stolpersteinen zieht einen Vergleich zwischen der Verfolgung und industriellen Vernichtung von jüdischem Leben mit der "Ausgrenzung" von ungeimpften Personen. Ungeimpfte Personen haben einen einfachen Ausweg, die bestehenden Beschränkungen, denen sie auf Grundlage demokratischer Beschlüsse innerhalb eines freiheitlichen Rechtsstaates ausgesetzt sind, zu umgehen. Solche Vergleiche können bundesweit bei Aktionen unter anderem aus dem Umfeld der Querdenker-Szene beobachtet werden, beispielsweise durch das Tragen eines Judensterns mit Aufschrift "Ungeimpft". Dies kann letztlich nur als antisemitisch gewertet werden.

Die Situation von heute ist in keiner Weise mit der Situation zu Beginn oder Ende der nationalsozialistischen Herrschaft zu vergleichen. Personen jüdischen Glaubens wurden in der nationalsozialistischen Ideologie als Feind auserkoren und wurden aufgrund ihres Glaubens, welchen sie in keiner Art und Weise ablegen konnten, verfolgt. Selbst mögliche Vorfahren jüdischen Glaubens konnten ein Todesurteil darstellen.

Neben der beschriebenen Aktion sind im Stadtgebiet auch Graffiti mit der Aufschrift "2G Apartheid" oder ähnlich im Stadtgebiet aufgetaucht. Eines dieser Graffiti befindet sich in der Unterführung zwischen Fußgängerzone und Stadtpark, ein anderes an der Bahnunterführung in der Blieskasteler Straße. Auch der Vergleich zur Apartheid in der USA oder in Südafrika ist indiskutabel und stellt eine Verunglimpfung der Leiden und der erfahrenen Gewalt von mit Rassismus betroffenen Menschen dar.

Resolution

Der Stadtrat der Mittelstadt St. Ingbert verurteilt die Aktionen der Querdenker in St. Ingbert sowie einen Vergleich der Verfolgung der Juden im Nationalsozialismus mit Maßnahmen im Rahmen der Corona-Pandemie als rassistisch, antisemitisch und geschichtsvergessen. Eine Debatte über die Corona-Politik ist grundsätzlich legitim. Der Missbrauch und die Relativierung des Andenkens von verfolgten Menschen der nationalsozialistischen Herrschaft oder der Apartheid ist jedoch unsäglich und disqualifiziert jegliche Debatte. Der eindeutige Widerspruch des Oberbürgermeisters wird ausdrücklich begrüßt.

Zum Schutz von Stolpersteinen als Erinnerungsorte wird der Oberbürgermeister gebeten, ein Gespräch mit dem Ordnungsamt und der Polizeiinspektion St. Ingbert zu führen, sodass auch zukünftig solche Aktionen schnell unterbunden werden können. Des Weiteren wird die Verwaltung gebeten, die genannten und möglicherweise weitere Graffiti an öffentlichen Orten schnellstmöglich zu entfernen. Zur aktiven Aufklärung sollte die Stadt eine Veranstaltung organisieren, sobald die Corona-Situation dies zulässt. Denkbar wäre eine Wanderausstellung des Adolf-Bender-Zentrums zur Person Änne Meier oder zur Reichspogromnacht.



Der Stadtrat solidarisiert sich ausdrücklich mit Menschen, die von Rassismus und Antisemitismus betroffen sind. "

Mit freundlichen Grüßen

Luca Wagner

Fraktionsgeschäftsführer